

Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Bersdorf,

Rugau, Wüstenbrand, Ursprung, Mittelbach, Hermisdorf, Bernsdorf, Langenberg, Falken, Meinsdorf u. s. w.

Dieses Blatt erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich Nachmittags. — Zu beziehen durch die Expedition und deren Aussträger, sowie alle Postanstalten.
Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 1 M. 25 Pfg. incl. der illustrierten Sonntagsbeilage.

Redaction und Expedition:
Bahnhofstraße 3 (nahe dem R. Amtsgericht).
Telegramm-Adresse:
Anzeiger Hohenstein-Ernstthal.

Insertionsgebühren: die fünfgepaltene Corpusszeile oder deren Raum für den Verbreitungsbezirk 10 Pfg., für auswärtig 12 Pfg., Reclame 25 Pfg. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt.
Annahme der Inserate für die folgende Nummer bis Vorm. 10 Uhr. Größere Anzeigen Abends vorher erbeten.

Nr. 287.

Dienstag, den 10. Dezember 1901.

28. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 27. November dieses Jahres wird weiter zur Kenntniß gebracht, daß der **Christmarkt** außer am 24. Dezember auch am

Sonntag, den 22. Dezember c.

von **Nachmittags 2 bis 10 Uhr** stattfindet.

Der Christmarkt am 24. Dezember c. wird während des ganzen Tages bis Abends 10 Uhr gestattet. An beiden Tagen dürfen nur hiesige Händler feilbieten.
Hohenstein-Ernstthal, den 9. Dezember 1901.

Der **Stadtrath**,
Dr. **Volkner**,
Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Der **4. Termin Gemeindeanlagen und Gemeindezins** pro 1901 wird

Dienstag, den 10. und
Mittwoch, den 11. Dezember a. c.,

Vormittags von 9—12 Uhr in **Adermann's Restaurant** vereinnahmt.

Alle nach Ablauf dieses Termins verbleibenden Reste werden dem Vollstreckungsbeamten zur zwangsweisen Beitreibung überwiesen.

Oberlungwitz, am 4. Dezember 1901.

Der **Gemeindeälteste**,
Siebertknecht.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Berlin, 7. Dezember. Reichstag. Die Uebersichten über Einnahmen und Ausgaben des Reichs und der Schutzgebiete für 1900 werden an die Rechnungs-Kommission verwiesen und der Gesetzentwurf über Grenzabänderungen gegen Oesterreich längs des Przemsa-Flusses wird in erster und zweiter Lesung angenommen. Alsdann wird mit der ersten Berathung der Zolltarifvorlage fortgefahren.

Abg. Winterer (Elf.): Wir stimmen für mäßige Erhöhung der Getreidezölle und wünschen zugleich langfristige Handelsverträge, denn unser Land ist sowohl industriell wie landwirtschaftlich. Wir glauben nicht, daß die Getreidezollerhöhung das Brod wesentlich vertheuern werde, denn Frankreich hat höhere Getreidezölle, ohne daß das Brod theurer ist als bei uns. Es ist ja richtig, daß die städtischen Gemeinderäthe in Elsaß-Lothringen sich gegen die Getreidezollerhöhung ausgesprochen haben, aber wir müssen auch an die ländliche Bevölkerung denken, die weit zahlreicher ist. Wir glauben bei dieser unserer Stellungnahme auf dem Boden ausgleichender Gerechtigkeit zu stehen.

Elsaß-Lothringischer Unterstaatssekretär v. Schraut erklärt, die Stellung seiner Regierung zu der Frage bedarf sich im Wesentlichen mit dem, was Vorredner gesagt habe. Der elsass-lothringische Landwirtschaftsrath habe sich durchaus für diese Vorlage ausgesprochen.

Abg. Schrader (freis. Ver.) hält es für mehr als fraglich, ob man den Ausfuhrinteressen Elsaß-Lothringens dient, wenn man den Abschluß von Handelsverträgen in solcher Weise erschwert, wie dies durch den Zolltarif geschehen soll. Aus den Reden der Herren vom Bundesrath sei deutlich herauszuhören, daß den Herren bei ihrer Zustimmung zu der Vorlage gar nicht so wohl sei. Was unsere Industrie groß gemacht habe, seien nicht die Zölle, sondern die Tüchtigkeit unserer Industriellen, die Leistungsfähigkeit unserer Arbeiter, die Intelligenz unseres Handels. Die Vorlage werde, abgesehen vom Großgrundbesitz, auch in der Landwirtschaft, keine Befriedigung hervorrufen und erst recht nicht bei der Industrie und bei dem konsumirenden Publikum.

Elsaß-Lothringischer Unterstaatssekretär von Schraut stellt dem Vorredner gegenüber fest, daß in Elsaß-Lothringen gerade auch von den kleineren Grundbesitzern Zollerhöhungen für dringend nothwendig erklärt worden seien.

Abg. v. Wangenheim (B. d. L.) tritt den Schrader'schen Ausführungen entgegen, wonach von einem Nothstand der Landwirthe nicht die Rede sein könne, höchstens da, wo die Landwirthe technisch rückständig geblieben seien. Wir stehen jetzt vor einem historischen Wendepunkt. Wird der Landwirtschaft der nöthige Schutz versagt, so müssen meine Freunde die Vorlage ablehnen. Diejenigen aber, die der Landwirtschaft den Schutz versagen, werden nie wieder im Deutschen Reichstag sitzen.

Abg. Braesche (freis. Volksp.): Als ostpreussischer

Gutsbesitzer erkläre ich: Es giebt eine Noth der Landwirtschaft. Man muß sich höflich daran halten, jetzt etwas zu verbieten. Wer heute nicht mit der Zeit mitgeht, über den geht sie hinweg. Aber die Gründe liegen immer in den persönlichen Verhältnissen, in der allgemeinen Lage nie. Redner erwartet eine Linderung der Deutenoth von einem billigeren Zonentarif, der es den Deuten ermögliche, in ihre alte Heimath zurückzukehren. Zu den Gründen des Nothstandes zähle er in erster Linie, daß mit viel zu kleinem Betriebskapital viel zu große Güter übernommen würden. Solch' ein Mann nenne sich dann Gutsbesitzer, in Wirklichkeit aber sei er nur der Verwalter seiner Gläubiger. Den Rückgang der Erträge bestreite er. Die Brutto-Einnahmen hätten sich so gestaltet, daß sie bei Weitem die wachsenden Unkosten deckten. Unsere Bauern in Ostpreußen stünden heute viel besser da als früher und besser als die Großgrundbesitzer, denn sie kauften nicht mit 30000 M. ein Gut von 200000 M. Wenn der Bauer sich ankaufe, so habe er gewöhnlich die Hälfte des Kaufpreises vorher liegen und die andere Hälfte besorge er sich durch die Frau. (Große Heiterkeit.) Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte seien in den letzten 30 Jahren ganz außerordentlich gestiegen, so eine tragende Kuh von früher 40 bis 60 M. auf 250 bis 450 M. Butter kostete damals 40 bis 60 Pfg., heute 70 bis 125 Pfg. Die Einnahmen aus dem Verkauf von Fohlen seien von 20 bis allenfalls 60 M. auf 200 bis 450 und 500 M. gestiegen. Das Geschrei nach Staatshilfe sei nichts Anderes als das Eingeständniß der Unfähigkeit Einzelner. Der Bund habe den traurigen Ruhm, den Kredit der Landwirtschaft auf das Schwerste geschädigt zu haben. Die Beste im Reich werde wachgerufen durch solche Zinteressenpolitik. Der russische Handelsvertrag habe keinen Schaden gebracht, er habe den Ostprovinzen wieder ein Hinterland gegeben und dadurch Handel und Wandel gehoben. Durch Förderung des Genossenschaftswesens und durch billige Tarife hebe man das Gemeinwohl und das Wohl der Landwirtschaft mehr als durch Schutzzölle.

Abg. Herold (Centr.) erkennt an, daß die Industrie im Staate nöthig ist und sich auch weiter entwickeln muß, aber letzteres dürfe nicht auf Kosten der Landwirtschaft geschehen. Auch die Ausfuhr-Industrie sei zu fördern, aber der sicherste Absatz sei doch im Inlande und müsse daher jederzeit in erster Linie im Auge behalten werden. Wir wünschen Handelsverträge und müssen, um zu nehmen, auch geben; aber dazu ist ja gerade der neue Zolltarif da, dem wir „geben können.“

Abg. von Tiedemann (Reichsp.): Der Umschwung unserer Wirtschaftspolitik datirt von dem Augenblick, wo 1876 mit der fast völligen Aufhebung der Eisenzölle alle Schranken niedergeworfen wurden. Die Folgen für uns, namentlich für die Eisenindustrie, waren geradezu verheerende. Redner vertritt sich weiter ausführlich über die Geschichte der Zolltarifpolitik von 1876 bis in die Gegenwart, wie zuerst der Industrie der Böwenantheil an den Zöllen zugefallen sei und wie erst allmählich auch

die Landwirtschaft einen Schutz für sich erlangt habe, aber noch keinen ausreichenden. Während die Industrie heute nicht erlernt so darniederliege wie 1879, sei die Landwirtschaft Schritt für Schritt zurückgegangen, sodaß sie heute eines erhöhten Zollschutzes dringend bedürftig sei. Redner tritt demgemäß für die Vorlage einschließlich der Minimalzölle für Getreide ein mit dem Bemerkten, seine Freunde seien sogar zu einer Erhöhung der Minimalzölle bereit.

Abg. Hilpert (Bayr. Bauernbb.) spricht sich sehr entschieden für die höheren landwirtschaftlichen Zölle aus.

Abg. Schrempf (konf.) führt aus, daß selbst der kleinste Bauer, ja sogar der Arbeiter mit einem kleinen Stückchen Land Nutzen von der Vorlage habe und wendet sich gegen eine Differenzirung der Getreidezölle, da in Württemberg weniger Weizen und Roggen und desto mehr Gerste gebaut werde, weshalb solle diese nicht denselben Zoll tragen wie jene anderen Getreide. Hierauf tritt Vertagung ein.

Der **Seniorenkonvent** des Reichstags hat über den weiteren Geschäftsgang berathen. Nach kurzer Besprechung war man dahin einig, am nächsten Freitag in die Weihnachtsferien zu gehen und am 8. Januar wieder zu beginnen. Vor Weihnachten soll die erste Lesung des Zolltarifs erledigt werden.

Der dem Reichstag nun zugegangene Etatsentwurf für 1902 balancirt in Einnahmen und Ausgaben mit 2 349 742 456 M. Davon sind dauernde Ausgaben mit 1 960 455 968, einmalige des ordentlichen Etats, also solche, die aus laufenden Einnahmen bestritten werden, 191 073 133 M., einmalige Ausgaben des außerordentlichen Etats, die also auf dem Wege der Anleihe bestritten werden, 198 213 375 M. Die Anleihe, zu der der Reichskanzler ermächtigt wird, beträgt 182 058 995 M. Die verzinssliche Reichsschuld beträgt gegenwärtig 2 695 650 000 M. Die Regierung ist aber berechtigt, noch Anleihen aufzunehmen zur Ausgleichung der Bilanz für das Rechnungsjahr 1901 im Betrage von 109 843 858 M. Die jetzt vorhandene verzinssliche Reichsschuld von 2696 Million M. würde sich somit nach Realisirung dieser Kredite und der jetzigen neuen Anleihe um weitere 292 Millionen M. erhöhen und damit auf rund 2988 Millionen M. anwachsen.

Ein **5122 Petitionen** umfassendes Petitionsverzeichnis ist den Reichstagsabgeordneten mitgetheilt worden. 211 Petitionen mit 268 798 Unterschriften richteten an den Reichskanzler das Ersuchen, alle friedlichen Mittel zur Beendigung der Burenkriege anzuwenden.

Ein Berliner Börsenblatt will erfahren haben, die preussische Regierung beabsichtige, in der diesjährigen **Eisenbahnvorlage** 500 Millionen Mark für die Erweiterung und Vervollständigung des preussischen Eisenbahnnetzes zu fordern. Die letzte Eisenbahnvorlage 1900 (1899 und 1901 fielen diese Vorlagen aus) bezifferte sich auf 115 660 000 Mark. Das Börsenblatt ist über diese Aussicht, die es übrigens selbst noch nicht für ganz sicher hält, verzückt und sieht augenscheinlich schon eine Hausse in sämmtlichen Eisenwerthen an-